Krisenerfahrungen, Lernprozesse und Bewältigungsstrategien : die Ernährungskrise von 1917/18 als agrarpolitische "Lehrmeisterin"

Autor(en): **Auderset, Juri / Moser, Peter**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte = Annuaire Suisse d'histoire économique et sociale**

Band (Jahr): **27 (2012)**

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-632413

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Juri Auderset, Peter Moser

Krisenerfahrungen, Lernprozesse und Bewältigungsstrategien

Die Ernährungskrise von 1917/18 als agrarpolitische «Lehrmeisterin»

Crisis Experiences, Learning Processes, and Strategies of Coping: the Food Crisis of 1917-1918 as a "Master" of Agricultural Policy

This article focuses on the food crisis in Switzerland at the end of the First World War. The crisis of 1917/18 was not only described by contemporary perceptions and discourses but also reflected in the immediate body-experience of food shortage and hunger. The crisis provoked a rethinking of the ways in which the production and distribution of food could be organized. State authorities, the main agricultural associations, consumer associations, cooperative organizations of female farmers, industrialists and activists of the radical left participated in these discourses. They developed, often in coordination and surprising coalitions with each other, hitherto unknown forms of food production. This article sketches the different strategies which remained intact and strongly influenced the food and agricultural policies in the inter-war period.

In der Historiographie herrscht weitgehend Einigkeit darüber, dass sich im Jahr 1918 eine der wirkungsmächtigsten Krisen in der Geschichte des Bundesstaates abspielte.[1] Ein zentrales, vielleicht sogar das zentrale Element, das die Perzeption der Krisenerfahrung durch die historischen Akteure bestimmte, war die Ernährungsfrage. Es sei «einerlei, ob man verhungere oder an einer Dosis Blei kaputtgehe»,[2] meinte der Zürcher Sozialist, spätere Mitbegründer der Kommunistischen Partei und Redaktor des Basler *Vorwärts* Hermann Bobst 1918 lakonisch. Mit diesem Vergleich brachte er die Dynamik zum Ausdruck, die sich seit dem Frühling 1916 zwischen der sich

1 Willi Gautschi, Der Landesstreik 1918, Zürich 1988, S. 9; Hans Ulrich Jost, Der historische Stellenwert des Landesstreiks, in: Gautschi, Landesstreik, S. I–XV.

2 Zitiert nach Josef Müller, 50 Jahre sozialdemokratische Partei Zürich 2, Zürich 1956, S. 26.

Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte 27, S. 133–149.
© 2012 Chronos Verlag, Zürich, ISBN 978-3-0340-1119-8, ISSN 1664-6460

verschärfenden Versorgungslage und der unmittelbar damit zusammenhängenden sozialen Konfliktbereitschaft aufgebaut hatte.[3] Allerdings äusserten sich die Folgen des Mangels und der wachsenden Armut nicht nur in einer Intensivierung der sozialen Spannungen, sondern auch in der Entwicklung und Manifestierung einer Vielfalt neuer Strategien und Praktiken zur Überwindung der Nahrungsmittelknappheit.
In diesem Beitrag geht es darum, die wichtigsten dieser in der Historiographie bisher wenig thematisierten Bewältigungsstrategien sichtbar zu machen und ihre für die Gestaltung der Ernährungs- und Agrarpolitik im 20. Jahrhundert wichtig werdenden Deutungs- und Reaktionsmuster in den Kontext der Erfahrungen des Mangels und, am Schluss des Krieges, sogar des Hungers zu stellen. Dazu wird in einem ersten Schritt eine theoretisch abgestützte Perspektive auf die Ernährungskrise von 1917/18 entwickelt; danach werden einige der wichtigsten Akteure und Institutionen, deren Deutungen der Krise sowie die von ihnen in der Praxis ansatzweise umgesetzten Bewältigungsstrategien vorgestellt. In einem dritten Schritt wird schliesslich danach gefragt, welche dieser neuen Vorstellungen sich in der Ernährungs- und Agrarpolitik nach 1918 durchsetzten und inwiefern diese auch als Folge der in der Krise gemachten Lernprozesse zu verstehen ist.

Krise und Ernährung

Die Wahrnehmung und Erfahrung der Krise im Ernährungsbereich während des Ersten Weltkrieges lässt sich grob in vier Phasen unterteilen. Im August 1914 unmittelbar aktiv wurden vor allem jene Akteure, die aufgrund ihres beruflichen Selbstverständnisses und ihrer politischen Stellung die Ernährungsfrage schon vorher geprägt hatten: die Bundesbehörden und die organisierten Produzenten und Konsumenten, die in erster Linie vom Schweizerischen Bauernverband (SBV) in Brugg und dem Verband Schweizerischer Konsumvereine (VSK, heute: Coop) in Basel repräsentiert wurden. Nachdem das Parlament dem Bundesrat am 3. August 1914 noch unter dem «Schock des Kriegsbeginns»[4] unbeschränkte Vollmachten übertragen hatte, dauerte es lediglich eine Woche, bis die Landesregierung mit der Verordnung gegen «die Verteuerung von Nahrungsmitteln und anderen unentbehrlichen Bedarfsgegenständen»[5] reagierte. Auf die schon in den ersten Kriegstagen beobachteten Wucher-, Hortungs-

3 Bundesratsbeschluss betreffend die Versorgung des Landes mit Milch und Milchprodukten vom 25. März 1916, in: Fritz Bär, Die schweizerischen Kriegsverordnungen. Sammlung der sämtlichen wichtigen, durch die Kriegsverhältnisse veranlassten Verordnungen und Beschlüsse der Bundesbehörden seit Kriegsausbruch, 4 Bände, Zürich 1916–1919, hier Bd. 2, S. 194 ff.

4 Roman Rossfeld, Tobias Straumann, Zwischen den Fronten oder an allen Fronten? Eine Einführung, in: dies. (Hg.), Der vergessene Wirtschaftskrieg. Schweizer Unternehmen im Ersten Weltkrieg, Zürich 2008, S. 29.

5 Bär (wie Anm. 3), Bd. 1, S. 164 ff.

und Hamstereiphänomene im Konsum- und Produktionsbereich reagierte Ernst Laur, Direktor des Bauernverbandes, ebenfalls unmittelbar. Er liess in Brugg «alles stehen und liegen», um «sechs Wochen lang in Bern die Kriegswirtschaft zu organisieren».[6] Das trug auch – für die weitere Entwicklung nicht unwesentlich – zu einer Überwindung der kurz zuvor in den «Milchkriegen»[7] noch mit grösster Heftigkeit ausgetragenen Konflikte zwischen Produzenten und Konsumenten bei. An die Stelle der Dringlichkeit, mit welcher die Massnahmen zur Regulierung des Ernährungsbereichs in den ersten Kriegswochen eingefordert wurden, trat zum Jahreswechsel 1915 eine Phase, die von einer optimistischeren Einschätzung der Lage charakterisiert war, da die Importe von Nahrungsmitteln stabilisiert werden konnten.[8] Diese wurde im Spätherbst 1916 von einer dritten Phase abgelöst, in der nun ein akuter Mangel an Nahrungsmitteln herrschte. Die häufigen Niederschläge im Sommer 1916 führten zu massiven Ertragsausfällen bei Kartoffeln und Milch im Herbst 1916. Noch verstärkt wurde diese Verknappung der Lebensmittelversorgung mit dem im Februar 1917 einsetzenden U-Boot-Krieg und den schweren Hagelschäden im Sommer 1917, die zu einem massiven Rückgang des zur Verfügung stehenden Getreides führten.[9] Hatten die Behörden 1914 durch die rasche Einbindung der schon zur Aufrechterhaltung der Vorkriegsordnung relevanten Institutionen noch eine gewisse Kontinuität in der Organisation des Ernährungssektors sicherstellen und 1915/16 vorerst noch ausbauen können, so war spätestens ab dem Frühjahr 1917 klar, dass die Krise nun nicht mehr antizipierend gedeutet und mit den vertrauten Mitteln der Handels- und Verteilungspolitik allein gelöst werden konnte. Der akute Mangel verunmöglichte die Umsetzung dieser Politik, so dass die von den Behörden nun in beschleunigter Frequenz beschlossenen Massnahmen weitgehend wirkungslos blieben und nicht selten zur hohlen Rhetorik verkamen. Zum ersten Mal in der Geschichte des Bundesstaats waren breite Bevölkerungskreise auf gesamtschweizerischer Ebene von Mangel, Unterernährung und Hunger[10] betroffen. Diese für alle neuen Phänomene rissen nicht nur Brüche in die Ernährungsordnungen, die in den ersten drei Kriegsjahren aufgebaut wurden, sondern öffneten den Ernährungsdiskurs unter den spezifischen Bedingungen

6 Werner Baumann, Bauernstand und Bürgerblock. Ernst Laur und der Schweizerische Bauernverband 1897–1918, Zürich 1993, S. 290.

7 Siehe hierzu Peter Moser, Beat Brodbeck, Milch für alle. Bilder, Dokumente und Analysen zur Milchwirtschaft und Milchpolitik in der Schweiz im 20. Jahrhundert, Baden 2007, S. 54 f.

8 Heiner Ritzmann-Blickenstorfer (Hg.), Historische Statistik der Schweiz, Zürich 1996, S. 674; Rossfeld/Straumann (wie Anm. 4), S. 25.

9 Siehe hierzu Mario Aeby, Die Missernte 1916/17 in der Schweiz, Lizenziatsarbeit Universität Bern, 2009.

10 Der Begriff des Hungers wird in der schweizerischen Historiographie zum Ersten Weltkrieg meist als genereller Indikator für die sich verschlechternde Versorgungslage eingeführt. Siehe beispielsweise Rossfeld/Straumann (wie Anm. 4), S. 42; Jakob Tanner, Fabrikmahlzeit. Ernährungswissenschaft, Industriearbeit und Volksernährung in der Schweiz 1890–1950, Zürich 1999, S. 36.

der Krise neu: Dieser wurde nun im Jahr 1918, in einer vierten Phase, zunehmend unter dem Eindruck der unmittelbaren, körperlichen Erfahrung des Mangels geführt. Anders als dies bei anderen Krisendiskursen der Fall war, zeichnete sich die Ernährungskrise der Jahre 1917/18 also dadurch aus, dass sie nicht nur durch Wahrnehmungen und Diskurse geprägt wurde, sondern auch durch unmittelbare Körpererfahrungen.[11] Weil alle Menschen täglich mehrmals mit der Ernährung konfrontiert sind, war deren Regulierung ein höchst sensibler Bereich der Krisenantizipation: Hunger und Nahrungsmittelknappheit schrieben die Krise buchstäblich in die Körper der Menschen ein, bewirkten Schmerz, demonstrierten Verletzlichkeit, Macht und Ohnmacht und wurden so zu wesentlichen Triebkräften des sozialen Handelns. Die Erfahrungen der Entbehrung und des Hungers der Kriegsjahre waren für viele Menschen Anlass, um über soziale Praktiken der Produktion und Verteilung von Nahrungsmitteln nachzudenken und Bewältigungsstrategien zu entwickeln.
Die spezifischen Bedingungen des Ernährungsdiskurses zwischen 1916 und 1918 erklären sich allerdings nicht ausschliesslich von der Seite der Körpererfahrung her. Die Mangelerfahrungen ab 1917 wiesen auch darauf hin, dass das Ernährungsregime der ersten Kriegsjahre ausgedient hatte, ohne dass die neuen Ordnungsentwürfe bereits über vertrauensbildende und handlungsleitende Kräfte verfügten. Die Krise 1917/18 zeigt sich somit im Sinne Reinhart Kosellecks als eine «offene Situation», in der sich zukünftige Handlungsentwürfe aus den tradierten Handlungsmodellen nicht mehr zureichend ableiten lassen, in der «Erfahrungsräume» und «Erwartungshorizonte» divergieren.[12] Die von Koselleck akzentuierte «Offenheit» und «Kontingenz» der Krise impliziert sowohl das Vorhandensein potentieller Gestaltungsspielräume als auch von Verunsicherungen bei gleichzeitigem Entscheidungsdrang und Handlungsbedarf. Die 1917/18 sichtbar werdende Vielfalt von Bewältigungsstrategien in unterschiedlichsten sozialen Milieus illustriert diese «offene Situation» der Krise im Ernährungssektor.

11 Siehe hierzu Jakob Tanner, Körpererfahrung, Schmerz und die Konstruktion des Kulturellen, in: Historische Anthropologie 2 (1994), S. 489–502; ders., Wie machen Menschen Erfahrungen? Zur Historizität und Semiotik des Körpers, in: Bielefelder Graduiertenkolleg Sozialgeschichte (Hg.), Körper Macht Geschichte – Geschichte Macht Körper. Körpergeschichte als Sozialgeschichte, Bielefeld 1999, S. 16–34; Clemens Wischermann, Geschichte des Körpers oder Körper mit Geschichte? in: ders., Stefan Haas (Hg.), Körper mit Geschichte. Der menschliche Körper als Ort der Selbst- und Weltdeutung, Stuttgart 2000, S. 9–31.

12 Reinhart Koselleck, Einige Fragen an die Begriffsgeschichte von «Krise», in: ders., Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache, Frankfurt am Main 2006, S. 203–217. Zu den Begriffen «Erfahrungsraum» und «Erwartungshorizont» siehe ders., Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt am Main 1989, S. 349–375.

Vielfältige Bewältigungsstrategien

Die Auffächerung der «Entscheidungshorizonte»[13] im Ernährungsbereich generierte ab 1917 eine bemerkenswerte Vielfalt neuer Ordnungsvorstellungen und Praktiken zur Ernährungssicherung. In der Geschichtsschreibung dominiert im Allgemeinen jedoch ein dichotomisches Deutungsmuster, das retrospektiv nach «Siegern» und «Verlierern» fragt: Auf der einen Seite stehen die darbenden und ohnmächtigen Konsumenten, die teilweise mit Hungerprotesten auf ihre Misere aufmerksam machten,[14] auf der anderen Seite die Produzenten, die – protegiert durch die Behörden, die ihrerseits die ihnen zugeschriebene Funktion des Mediators nur unzureichend wahrnahmen – vom Mehranbau und steigenden Preisen «profitierten».[15] Dieses Deutungsmuster, welches von sich widersprechenden Interessen der Produzenten und Konsumenten und ihrem Verhältnis als einem Nullsummenspiel ausgeht, verstellt jedoch den Blick auf die Vielfalt jener Sozialformationen, die weniger in den bipolaren Kategorien von Konsumation und Produktion dachten als vielmehr zur Lösung der Probleme diese Trennung gerade zu überwinden versuchten.
Für viele an der Landwirtschaft und Ernährungssicherung interessierte Menschen[16] stand nach 1916 denn auch weniger ihre primäre Funktion als Konsumenten oder Produzenten im Zentrum als vielmehr die sachliche Thematisierung dessen, was sie in der Krise noch mehr verband als im «normalen» Alltag: die Lösung der Ernährungsfrage durch Praktiken der landwirtschaftlichen Produktionsumstellung und -ausdehnung. Es ist deshalb sinnvoller und sachgerechter, von einem zwischen Produktion und Konsum sich erstreckenden Kontinuum verschiedener Deutungs- und Handlungsmuster zur Bewältigung der Ernährungskrise auszugehen. Denn die Krise von 1917/18 verdeutlichte mit zunehmender Schärfe, wie fragil die Ernährungssicherung einer auf dem Funktionieren des internationalen Transportwesens basierenden, auf eine immer grössere soziale und räumliche Distanz zwischen Produzenten und Konsumenten hinauslaufende Wirtschaft im Kern war. Es ist deshalb nicht erstaun-

13 Hansjörg Siegenthaler, Entscheidungshorizonte im sozialen Wandel, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 33 (1983), S. 414–431.

14 Regula Pfeifer, Frauen und Protest. Marktdemonstration in der deutschen Schweiz im Kriegsjahr 1916, in: Anne-Lise Head-König, Albert Tanner (Hg.), Frauen in der Stadt – Les femmes dans la ville, Zürich 1993, S. 93–109.

15 Rossfeld/Straumann (wie Anm. 4), S. 43; Katharina Lüthi, Sorglos bis überfordert. Die Brotversorgungspolitik der Schweiz im Ersten Weltkrieg, unveröffentlichte Lizenziatsarbeit Universität Bern, 1997; Hans Ulrich Jost, Bedrohung und Enge (1914–1945), in: Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Basel 1986, S. 763; Cédric Humair, Qui va payer la guerre? Luttes socio-politiques autor de la politique douanière suisse 1919–1923, in: Valentin Groebner, Sébastien Guex, Jakob Tanner (Hg.), Kriegswirtschaft und Wirtschaftskriege – Economie de guerre et guerres économiques, Zürich 2008, S. 172.

16 Zu den Biographien der in diesem Aufsatz erwähnten Akteure vgl. das Online-Portal Personen der ländlichen Gesellschaft, www.agrararchiv.ch.

lich, dass gerade in dieser Zeit in ganz unterschiedlichen Kreisen neue Vorstellungen zur Ernährungssicherung entwickelt wurden. Fünf von diesen werden hier thematisiert: Zuerst erfolgt eine kurze Darstellung der Deutungs- und Reaktionsmuster der Behörden und der landwirtschaftlichen Produzentenorganisationen, dann werden die ernährungspolitischen Bemühungen der organisierten Konsumenten dargestellt sowie die Bestrebungen im linksradikalen Milieu thematisiert. Abschliessend werden die Aktivitäten der in der Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und Industrielle Landwirtschaft (SVIL) zusammengeschlossenen Industriellen sowie, anhand der Association des Productrices de Moudon (APM), die Prozesse im Genossenschaftswesen erläutert.

Die Behörden und Produzentenverbände gerieten besonders im Zusammenhang mit der Verknappung der Kartoffel-, Getreide- und Trinkmilchversorgung unter Handlungsdruck. Die Versorgungsengpässe zu Beginn des Jahres 1917 führten nicht nur zu organisatorischen Umstrukturierungen der Bundesstellen, sondern im Verlauf des Jahres auch zu härteren Massnahmen der Konsumkontrolle in Form von Rationierungen und im Produktionsbereich zur Einführung des Obligatoriums für den Ausbau der Getreideproduktion.[17] Wegen der insgesamt jedoch nur begrenzt zur Verfügung stehenden Produktionsmittel erwies sich die verordnete Umstellung auf den Getreidebau allerdings als Nullsummenspiel. Konkret: Mit der Vergrösserung der inländischen Getreideanbaufläche wurde einfach die Milchversorgung noch knapper. Die im Frühjahr 1916 zwischen der Genossenschaft schweizerischer Käseexporteure (GSK), dem Zentralverband Schweizerischer Milchproduzenten (ZVSM) und den Behörden verhandelte Regulierungspolitik im Milchbereich erwies sich als wenig wirkungsmächtig, so dass der Versuch, mit der Erhöhung der Milchpreise die Milchproduktion anzukurbeln, nur dazu führte, dass die heikle Milchfrage 1917 wiederum ins Zentrum der politischen Auseinandersetzung geriet – also genau das, was man mit der Regelung im Frühling 1916 hatte verhindern wollen.[18] Erst im September 1918 wurde ein direkt dem Gesamtbundesrat unterstelltes Ernährungsamt errichtet, welches umfassend die «Volksernährung, die Futtermittelbeschaffung, ferner die Warenverteilung, die Preisfestsetzung und die Bekämpfung des Wuchers mit Nahrungs- und Futtermitteln» zu organisieren und zu regeln hatte.[19]

Die Verschärfung der Krise 1916/17 stellte nicht nur die bisherigen, von den Behörden und den mit immer mehr parastaatlichen Funktionen betrauten Produzentenorga-

17 Bundesratsbeschluss betreffend die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion vom 16. Februar 1917; Bundesratsbeschluss betreffend die Einschränkung der Lebenshaltung vom 23. Februar 1917; Bundesratsbeschluss betreffend Errichtung eines eidgenössischen Brotamtes vom 10. August 1917, in: Bär (wie Anm. 3), Bd. 3, S. 48 ff., 58 ff., 259 ff.

18 Moser/Brodbeck (wie Anm. 7), S. 100.

19 Bundesratsbeschluss betreffend die Errichtung eines eidgenössischen Ernährungsamtes vom 13. September 1918, in: Bär (wie Anm. 3), Bd. 4, S. 360 ff.

nisationen verfochtenen Lösungsansätze grundsätzlich in Frage, sondern löste in der Folge auch eine Vielfalt fundamentaler Lernprozesse aus. Betrachteten die Behörden die Versorgung der Bevölkerung bisher in erster Linie als ein mit handels- und sozialpolitischen Massnahmen lösbares Verteilungsproblem, so verlangte die Reduktion der Stoffflüsse ab 1916 ganz offensichtlich neue Lösungsansätze.

Ähnliche Lernprozesse und Neuausrichtungen der politischen und ökonomischen Handlungsoptionen fanden bei den im VSK organisierten Konsumenten statt. Diese waren, etwa im Gegensatz zu den Gewerkschaften oder der Sozialdemokratischen Partei (zu denen es von Seiten des VSK enge personelle und institutionelle Verbindungen gab), schon früh in die kriegswirtschaftlichen Ordnungskonzepte einbezogen worden. Nicht ohne Genugtuung stellte der Präsident der Verwaltungskommission des VSK, SP-Nationalrat Bernhard Jaeggi, im September 1914 fest, dass der Bundesrat nun eingesehen habe, «welche Bedeutung unsere Organisation für die Versorgung der schweizerischen Bevölkerung hat».[20] Ernst Laur hatte Jaeggi unmittelbar nach Kriegsausbruch mit dem Vorschlag kontaktiert, nun «alle Kräfte auf einen Punkt hin zu leiten und frühere Differenzen zu erledigen».[21] «Wir dürfen das Angebot Laurs nicht zurückweisen», mahnte Jaeggi im Aufsichtsrat des VSK und fügte an: «[…] wir wollen einen Zustand schaffen, in welchem Produzent und Konsument sich verständigen.»[22]

Der VSK trat deshalb der im August 1914 von den Behörden, Käseexporteuren und Milchproduzenten gegründeten Genossenschaft Schweizerischer Käseexporteure (GSK), der Käseunion, bei.[23] Im Jahr 1916 erhielt der VSK auch in der für die Handelspolitik wichtigen Regelung des Zuchtviehexports ein Mitspracherecht.[24] Und im Frühling und Sommer des gleichen Jahres ging der VSK sogar dazu über, landwirtschaftliche Betriebe zu erwerben, um selber Nahrungsmittel zu produzieren. Jaeggi begründete diesen «Bruch mit der ganzen Tätigkeit des VSK» damit, dass der Krieg so vieles verändert habe, dass sich auch die Konsumentenbewegung neu orientieren müsse.[25] Mit der schlichten «Übertragung von Bauernland in Konsumentenhand»[26] war allerdings ernährungspolitisch noch wenig gewonnen, ging doch damit weder eine Produktionsumstellung noch eine Produktionsausdehnung einher.[27]

20 Archiv Coop, Protokoll VSK, 23. September 1914, siehe hierzu auch Baumann (wie Anm. 6), S. 336.
21 Archiv Coop, Protokoll VSK, Ausschusssitzung 15. August 1914, siehe hierzu auch Baumann (wie Anm. 6), S. 291.
22 Archiv Coop, Protokoll des Aufsichtsrates des VSK vom 16. August 1914.
23 Moser/Brodbeck (wie Anm. 7).
24 Siehe Archivbestand Arbeitsgemeinschaft Schweizerischer Rinderzüchter (AfA-Nr. 125).
25 Archiv Coop, Protokoll Aufsichtsrat VSK, 8. April 1916.
26 Peter Moser, Ein Dienstleister als Produzent. Der Verband Schweizerischer Konsumvereine und die Schweizerische Genossenschaft für Gemüsebau als Teil des Ernährungsprojektes im 20. Jahrhundert, in: Hans-Jörg Gilomen, Margrit Müller, Laurent Tissot (Hg.), Dienstleistungen. Expansion und Transformation des «dritten Sektors» (15.–20. Jahrhundert), Zürich 2007, S. 68.
27 Archiv Coop, Protokoll Aufsichtsrat VSK, 8. April 1916.

Dazu kam es erst mit der Gründung der Schweizerischen Genossenschaft für Gemüsebau (SGG) im Oktober 1918, an der der VSK federführend beteiligt war.[28] Die SGG verzichtete nun explizit darauf, Land zu erwerben, welches schon bisher zur Nahrungsmittelproduktion bewirtschaftet worden war. Der Anbau von Gemüse durch die SGG sollte auf bisher brachliegenden oder nicht landwirtschaftlich genutzten Flächen erfolgen. Damit lag die SGG ganz auf der Linie des neuen, auf eine Produktionsausweitung ausgerichteten, behördlich sanktionierten Ernährungskonzeptes, das mit dem Bundesratsbeschluss zur Vermehrung der Lebensmittelproduktion vom 15. Januar 1918 eingeleitet worden war.

Die mit der Integration in die Ernährungsordnung verbundenen Möglichkeiten zur Mitbestimmung sowie die mit der Aufnahme der Produktion erarbeiteten Kompetenzen in der Produktion von Nahrungsmitteln führten zu einer merklichen Entfremdung zwischen dem VSK und der SPS, die, wie die Gewerkschaften auch, von den ernährungspolitischen Entscheidungsprozessen der Kriegswirtschaft noch weitgehend ausgeschlossen und zudem überzeugt war, dass die «gesamte privat-kapitalistische Produktion» von Nahrungsmitteln «unrationell und sozial schädlich» sei.[29] Sozialdemokraten und Gewerkschafter thematisierten die Ernährungsfrage noch bis in den Herbst 1918 hinein praktisch ausschliesslich als Verteilungsfrage.[30] Diese die grundlegende Frage nach einer Mehrproduktion im Inland ignorierende Haltung löste jedoch auch in den eigenen Reihen Kritik aus. So argumentierte Bernhard Jaeggi in seinem Rücktrittsschreiben als SP-Nationalrat im Dezember 1916, dass es wichtiger sei, zur Verbesserung der «Lebenshaltung der gesamten Arbeiterschaft» an «diesen Fragen positiv mitzuarbeiten, als kleinliche Kritik und Oppositionslust in den Vordergrund zu stellen».[31] Er warf der Spitze der SPS vor, die schwierigen Produktionsbedingungen in den landwirtschaftlichen Betrieben zu ignorieren und damit die für *alle* vitale Ernährungsfrage aus einer unzulässig reduktionistischen Perspektive anzugehen. Der VSK hingegen sei, so formulierte Jaeggi nach dem Krieg, «im Laufe der Jahre und infolge ihrer praktischen Betätigung und ihrer Mitwirkung bei der Lösung der verschiedenartigsten wirtschaftlichen Fragen zur Ueberzeugung gekommen», dass die «Art und Weise, wie der Konsumentenstandpunkt in sozialdemokratischen Blättern verfochten» worden sei, «den tatsächlichen Verhältnissen, namentlich den wirklichen Produktionsfaktoren in den wenigsten Fällen genügend Rechnung» getragen habe.[32] Die akute Mangelerfahrung im Herbst 1918 löste jedoch auch bei Repräsentanten

28 Moser, Dienstleister (wie Anm. 26), S. 66 ff.

29 Schweizerisches Sozialarchiv (SozArch), Ar 1.510.4, Brief SPS an den VSK, 1. November 1920.

30 Siehe hierzu beispielsweise SozArch, Ar 1.110.9, S. 115–124, Protokoll der Sitzung des Parteivorstandes mit dem Bundeskomitee des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, der Notstandskommission der Schweizerischen Arbeiterschaft, den Vertretern der kantonalen Geschäftsleitungen, der Arbeiterunion der Schweiz und des Schweizerischen Arbeiterinnenverbandes vom 6. August 1916.

31 SozArch, Ar 1.100.6, Brief B. Jaeggi an E. Klöti, 25. Dezember 1916.

32 SozArch, Ar 1.510.4, Brief Jaeggi/Zellweger an die Geschäftsleitung der SP, 4. November 1920.

der Sozialdemokratie Lernprozesse aus, die zu einer Aufweichung ihrer bisherigen, kompromisslosen Politik der Zuspitzung im Ernährungsbereich führte. Robert Grimm etwa bemerkte im September 1918, dass man sich gegenüber den Meliorationsprojekten der SVIL, die eine Ausdehnung der landwirtschaftlichen Nutzfläche anstrebte, «nicht passiv verhalten» könne: «Soweit brachliegendes Land von den Bauern nicht selber bewirtschaftet werden kann, muss für die Bereitstellung von Arbeitskräften gesorgt werden. [...] Die Bewirtschaftung von melioriertem Land muss im Grossen erfolgen. Es muss der Grundsatz gelten, dass jeder, der sich nicht über eine gesellschaftlich notwendige Arbeit ausweisen kann, heranzuziehen ist, vor allem das arbeitslose Gesindel in den Städten, das sich der Schwelgerei ergibt.»[33] Und auch der VSK geriet als möglicher Partner der Zusammenarbeit wieder stärker ins Blickfeld der organisierten Arbeiterbewegung, empfahl doch das Oltener Aktionskomitee im September 1918 den ihm angeschlossenen Organisationen den Beitritt zur eben gegründeten, im Wesentlichen vom VSK finanzierten Schweizerischen Genossenschaft für Gemüsebau (SGG).[34]

Dass Grimm in der Ernährungspolitik zumindest temporär von der Konfrontationspolitik abwich, hatte auch mit der Entwicklung neuer ernährungspolitischer Ideen im linksradikalen Milieu zu tun. Auch hier entstanden Praxisformen, die sich der Produktion zuwandten und diese in neuen Formen zu thematisieren begannen. So entstand etwa im zürcherischen Herrliberg eine nach den Theorien Piotr Kropotkins und Gustav Landauers gestaltete landwirtschaftliche Siedlung, in der der Agronom und durch seine Dienstverweigerung während des Weltkrieges bekannte Max Kleiber eine zentrale Rolle spielte. Für Kleiber war das Experiment nicht nur eine Möglichkeit zur Realisierung neuer sozialer Lebensformen, sondern auch ein konkreter Beitrag zur Lösung sowohl der Ernährungsprobleme wie auch der sozialen Frage. Für Kleiber standen die materiellen Entbehrungen und die mangelhafte Ernährung der Proletarierfamilien in einem unmittelbaren Zusammenhang mit der sozialen Organisation der Ernährungsversorgung, wie er Max Gerber, dem Redaktor der sozialistischen Zeitschrift *Der Aufbau*, schrieb.[35] Die Beschäftigung mit dem Phänomen der Unterernährung in den Proletarierfamilien führten Kleiber zur Überzeugung, dass die Produktion und der Konsum von Nahrungsmitteln auch sozial neu organisiert werden musste. Gegenüber «Joggi» Herzog, dem gemäss Hans Ulrich Jost «augenfälligste[n] Führer jener radikalen Opposition, die das sozialpolitische Klima Zürich so stark beeinflusste»,[36] erläuterte Kleiber die doppelte Funktion seiner landwirtschaftlichen

33 Protokoll der 16. Sitzung des Oltener Aktionskomitees, 12. September 1918, in: Archiv Schweizerischer Gewerkschaftsbund, G 23.

34 Protokoll der 18. Sitzung des Oltener Aktionskomitees, 20. September 1918, in: Archiv Schweizerischer Gewerkschaftsbund, G 23.

35 SozArch, Ar 124.15.15, Brief Max Kleiber an Max Gerber, 16. Juli 1918.

36 Hans Ulrich Jost, Linksradikalismus in der deutschen Schweiz 1914–1918, Bern 1973, S. 121.

Kolonie: Einerseits mache diese als «communistische Produktionsgenossenschaft» auf die Bauern einen weitaus grösseren Eindruck als Vorträge und Bücher, andererseits sei sie ein Experiment einer sozialistischen Agrarpolitik jenseits der theoretischen Entwürfe, die die Praxis des genossenschaftlichen Arbeitens und Zusammenlebens erfahrbar mache. Ähnlich wie beim VSK führten die unmittelbaren Erfahrungen der Komplexität der Nahrungsmittelproduktion sowie die genaue Beobachtung anderer sozialutopischer Experimente bei Linksradikalen zur Überzeugung, dass «unsere Industriellen» bisher eine «viel vernünftigere Agrarpolitik als die Sozialdemokratie» betrieben hätten, weil sie «unter Mithilfe des städtischen Proletariats» die Nahrungsmittelproduktion auf eine erweiterte Grundlage stellten.[37]

Diese von Kleiber erwähnten «Industriellen» hatten sich im Sommer 1918 zur Schweizerischen Vereinigung für Innenkolonisation und Industrielle Landwirtschaft (SVIL) zusammengeschlossen und sich damit jenen Kreisen genähert, die die landwirtschaftliche Produktion ins Zentrum sowohl der Analyse als auch der Praxis rückten. Die SVIL war im Juli 1918 auf Anregung des Agronomen (und Lehrers von Max Kleiber) Hans Bernhard und von Jacob Lorenz vom kantonalen Ernährungsamt sowie von Industriellen als Antwort auf den *Bundesratsbeschluss zur Vermehrung der Lebensmittelproduktion* vom 15. Januar 1918 gegründet worden. Mit der «Vermehrung der Bodenkultur» wollte man nicht nur die neuen Pflichten des Bundes erfüllen, sondern auch vermeiden, dass künftig Arbeiter, wie im Frühling/Sommer 1918 in Winterthur, aus Protest gegen die mangelhafte Ernährung streikten.[38] Für Bernhard machte es wenig Sinn, mit Appellen, Drohungen oder immer neuen Verpflichtungen eine Mehrproduktion durch die bäuerliche Landwirtschaft zu fordern. Er war überzeugt, dass die Ernährungsfrage eine «Sache des ganzen Volkes» sei und dass die Probleme nur durch diejenigen gelöst werden konnten, die sie auch verursacht hatten – also die Industriegesellschaft.[39] Das Programm der SVIL zur Erreichung der «volkswirtschaftlich zweckmässigsten Ausnützung des Nähr- und Wohnraumes»[40] sah vor, dass die Industrieunternehmen einen Teil des Lebensmittelbedarfs ihrer Belegschaft selber zu produzieren hatten.[41] Die Melioration und Urbarisierung von

37 Studienbibliothek zur Geschichte der schweizerischen Arbeiterinnen- und Arbeiterbewegung, Zentralbibliothek Zürich, Nachlass Jakob Herzog, Ar 02 20, Tagebücher Jakob Herzog, eingeklebter Brief Max Kleiber an Jakob Herzog, 18. Juni 1919.

38 Archivbestand SVIL (AfA-Nr. 106), Protokoll der konstituierenden Versammlung der SVIL, 5. Juli 1918, siehe hierzu auch Werner Baumann, Peter Moser, Bauern im Industriestaat. Agrarpolitische Konzeptionen und bäuerliche Bewegungen in der Schweiz 1918–1968, Zürich 1999, S. 19–23.

39 Hans Bernhard, Die Innenkolonisation der Schweiz (Schriften der Schweizerischen Vereinigung für industrielle Landwirtschaft, Bd. 2), Zürich 1918, S. 16.

40 Hans Bernhard, Die Förderung der Innenkolonisation durch den Bund. Grundlagen zu einem eidgenössischen Siedlungsgesetz, Zürich 1920, S. 6.

41 Archivbestand SVIL, AfA-Nr. 106, Protokoll der konstituierenden Versammlung der SVIL, 5. Juli 1918.

bisher landwirtschaftlich nicht genutztem Land wurden in der Folge zur wichtigsten Tätigkeit der SVIL.

Neben dem Zuspruch von linksradikaler Seite fand die Tätigkeit der SVIL auch beim VSK und bei der SGG Wertschätzung und Unterstützung. Die SGG bewirtschaftete Boden, der durch die SVIL urbarisiert worden war. Ausserdem waren die SVIL, der VSK, die SGG, die Behörden und die Produzentenverbände auch in personeller Hinsicht eng miteinander verflochten. Fritz Mangold, der Basler Regierungsrat und spätere Vorsteher des Fürsorgeamtes in Bern, gehörte dem Vorstand der SVIL und dem Verwaltungsrat der SGG ebenso an wie Gustave Martinet, der berühmte Getreidezüchter und Direktor der landwirtschaftlichen Forschungsanstalt Mont-Calme, der auch in vielen bäuerlichen Organisationen aktiv war. Als Redaktor der Zeitschrift *La terre vaudoise* räumte Martinet der Bäuerin Augusta Gillabert-Randin zudem Platz zur Bekanntmachung ihrer Bestrebungen, die Produzentinnen in Moudon genossenschaftlich zu organisieren.[42] Damals noch über ein ähnlich vielgliedriges und dichtes Netz sozialer Beziehungen zwischen diesen Institutionen verfügte Jacob Lorenz. Er war wissenschaftlicher Adjunkt beim schweizerischen Arbeitersekretariat und ab 1917 Direktor des Lebensmittelvereins Zürich. Gleichzeitig war Lorenz in der Liga für die Verbilligung der Lebenshaltung aktiv, gab zusammen mit Robert Grimm zwischen 1915 und 1916 die Zeitschrift *Neues Leben* heraus und referierte bei der Notstandskommission der schweizerischen Arbeiterschaft über die Lebensmittelfrage.[43] 1917 wurde er Leiter des kantonalen Ernährungsamtes in Zürich und 1918 Vorstandsmitglied und Aktuar der SVIL.[44] Diese netzwerkartigen Beziehungen machen deutlich, wie in der Krise neue Handlungsoptionen und Kommunikationsformen zwischen Akteuren entstanden, die, aus unterschiedlichen politischen und sozialen Milieus kommend, ein gemeinsames Interesse an der Ernährungsfrage entwickelt hatten.

Auch innerhalb der genossenschaftlich organisierten Produzentinnen und Konsumentinnen wurde 1918 die bisherige Organisation der Ernährungssicherung zur Diskussion gestellt. Im waadtländischen Moudon schlossen sich im Sommer 1918 Bäuerinnen zur Association des Productrices de Moudon (APM) zusammen. Die APM strebte neben der Verbesserung der Stellung der Frau und der Wertschätzung weiblicher Arbeitsfelder innerhalb der Landwirtschaft in erster Linie an, die Produktion, Distribution und Konsumation von Nahrungsmitteln neu und engmaschiger zu verflechten, um die Produzentinnen und Konsumentinnen unter weitgehender Ausschaltung des Zwischenhandels einander auch sozial näher zu bringen. Die APM war ein Produkt der kriegswirtschaftlich bedingten Verschlechterungen der

42 Peter Moser, Marthe Gosteli (Hg.), Une paysanne entre ferme, marché et associations. Textes d'Augusta Gillabert-Randin 1918–1940, Baden 2005.

43 SozArch, Ar 1.110.9, S. 143 ff., Bericht des Sekretariates der Notstandskommission, 14. Juli 1917.

44 Siehe Jacob Lorenz, Erinnerungen eines simplen Eidgenossen, Zürich, Leipzig 1935.

Ernährungslage, verstand sich aber auch als ein zukunftsfähiges Modell für eine neuartige Organisation der landwirtschaftlichen Produktion und Konsumation, wie die Bäuerin Augusta Gillabert-Randin 1919 schrieb: «Œuvre née de la guerre, elle est peut-être appelée à lui survivre, car si la grande tuerie a pris fin, l'ère est venue des reconstructions et des restaurations de tous genres.»[45]

Für Gillabert-Randin waren Produzentinnen und Konsumentinnen nicht einfach zwei gegensätzliche Pole, sondern bildeten vielmehr eine wirtschaftliche Einheit, die es neu zu organisieren galt. Nicht die anonyme, ausschliesslich von der Kaufkraft bestimmte Nachfrage auf den Märkten sollte nach ihrer Vorstellung den Warenfluss bestimmen, sondern der reale Markt als Ort der sozialen Interaktion und des Austausches von Gütern und Waren. Das Modell der Bäuerinnen von Moudon, das in der zeitgenössischen Presse nicht zufällig als «Soviet de productrices»[46] missverstanden wurde, entsprach in etwa dem, was Dora Staudinger am Frauenkongress 1921 als «Genossenschaftssozialismus» bezeichnete, in welchem «der Gegensatz zwischen den Wirtschaftsparteien, zwischen Konsument und Produzent wie zwischen Arbeitgeber und -nehmer überbrückt» würde.[47]

Die kognitive Wahrnehmung und die unmittelbare körperliche Erfahrung der Krise im Ernährungsbereich lösten also zwei sich deutlich unterscheidende Lernprozesse aus. Vom Spätsommer 1914 bis ins Jahr 1916 wurden die schon vor dem Krieg ansatzweise sichtbar werdenden Verhandlungs- und Verständigungsprozesse weiterentwickelt und durch neue Organisationsformen und Institutionen verfestigt. Die Grundlagen dazu waren das Vorhandensein von genügend Nahrungsmitteln sowie die bei Behörden, Produzenten- und Konsumentenvertretern vorhandene Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Als diese Ordnung 1917 aus Mangel an Produktions- und Nahrungsmitteln an ihre Grenzen stiess und brüchig wurde, reagierten die Behörden mit einer in der Historiographie gut dokumentierten Zuspitzung und Vervielfachung der bisherigen, jetzt aber weitgehend folgenlosen verteilungspolitischen Massnahmen. Gleichzeitig, von der Geschichtsschreibung bisher jedoch weitgehend übersehen, generierte die von vielen Menschen nun auch unmittelbar wahrgenommene und erfahrene Ernährungskrise 1917/18 auch neue Strategien und praktische Experimente einer von Produzenten und Konsumenten gemeinsam organisierten Mehrproduktion zur Überwindung des Mangels. Mit Hansjörg Siegenthaler lässt sich formulieren, dass die antizipierende Krisenwahrnehmung zu Beginn des Krieges «routinemäs-

45 Augusta Gillabert-Randin schrieb zwischen 1918 und 1940 mehrere hundert Texte für landwirtschaftliche und der Frauenbewegung nahe stehende Wochen- und Monatszeitschriften wie beispielsweise *La terre vaudoise*, *L'industrie laitière suisse*, *Le sillon romand*, *Le petit sillon*, *Les champs et le foyer*, *Bulletin féminin* und *La petite lumière*. Eine Auswahl dieser Artikel ist abgedruckt in Moser/Gosteli, Paysanne (wie Anm. 42), S. 52.

46 Ebd., S. 35.

47 Dora Staudinger, Die Genossenschaftsbewegung, in: Bericht über den Zweiten schweizerischen Kongress für Fraueninteressen, Bern, 2.–6. Oktober 1931, S. 85.

sige» Lernprozesse ausgelöst hat, die auf der Grundlage der tradierten Regeln nach Problemlösungen suchten. Die unmittelbare Krisenerfahrung nach 1917 erzwang demgegenüber «fundamentale» Lernprozesse: Jetzt standen die tradierten Regeln selbst in Frage, alternative Konzepte wurden zur Diskussion und Erprobung gestellt und eine neue Ordnung musste in der Auseinandersetzung mit diesen neuen Praktiken erst wieder entwickelt werden.[48] Dass es trotz diesen vielfältigen Lernprozessen nicht gelang, den Mangel zu überwinden, ist kein Argument für die historiographische Marginalisierung dieser Bestrebungen. Denn in der Zwischenkriegszeit und während des ganzen «kurzen» 20. Jahrhunderts wurden diese Strategien wirkungsmächtig – wenn auch lange nicht alle im gleichen Ausmass, wie im letzten Teil zu zeigen ist.

Integrationsprozesse

Dass es sich bei den gegen Ende des Ersten Weltkrieges zu beobachtenden Lernprozessen um «fundamentale» handelte, zeigt sich auch am agrar- und ernährungspolitischen Paradigmenwechsel, der aus der Krise resultierte. Die Ernährungskrise wurde auch zu einer Orientierungskrise der agrarpolitischen Konzeptionen, die von unterschiedlichen generationellen Erfahrungsräumen und agrarischen Wissenshorizonten geprägt wurden. Dass der vor und teilweise auch noch nach dem Ersten Weltkrieg auf eine weitgehende internationale Arbeitsteilung setzende Ernst Laur[49] in der Zwischenkriegszeit beträchtlich von seiner bisherigen agrarpolitischen Gestaltungsmacht einbüsste, hat auch damit zu tun, dass Laur sein agrarisch-ökonomisches Wissen aus den Erfahrungen des 19. Jahrhunderts und des frühen 20. Jahrhunderts generierte. Dieser Wissensvorrat eignete sich nach 1918 kaum mehr zur Schaffung *neuer*, vertrauensbildender Strukturen. Mit den Konzeptionen einer «Welt von Gestern» (Stefan Zweig) war den neuen ernährungspolitischen Herausforderungen nicht mehr beizukommen. Sein Schüler, der Agronom und im sozialdemokratischen Pressewesen engagierte Franz Schmidt, bezeichnete Laur 1931 in einem Porträt als «ein[en] Mensch[en] in einer vergangenen Epoche», der «die Seele der neuen Zeit nicht» mehr verstehe.[50]
Nach dem Ersten Weltkrieg gab es auch aufgrund der gemachten Lernprozesse kein Zurück zu den weltmarktorientierten agrarpolitischen Konzeptionen des 19. Jahrhunderts mehr; jetzt rückte vielmehr die Vorstellung ins Zentrum, dass die Ernährung

48 Siehe Hansjörg Siegenthaler, Regelvertrauen, Prosperität und Krisen. Die Ungleichmässigkeit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung als Ergebnis individuellen Handelns und Lernens, Tübingen 1993, S. 16 f.

49 Laur ging auch 1919 noch davon aus, dass wieder eine Exportlandwirtschaft geschaffen werden könnte. Siehe dazu Ernst Laur, Zukunftsfragen der schweizerischen Politik, in: Mitteilungen der Gesellschaft schweizerischer Landwirte, Nr. 4 (1919), S. 109–132.

50 Franz Schmidt, Ernst Laur, in: Gewerkschaftliche Rundschau, 1931/7, S. 223–228.

primär durch die Nutzung der inländischen Ressourcen durchzuführen, die Agrarproduktion in den Dienst der Bevölkerung der Industriegesellschaft zu stellen und die Ernährungssicherung von den Behörden und privaten Verbänden im Namen der Gesellschaft zu organisieren sei. Dass sich in der Zwischenkriegszeit dieser agrar- und ernährungspolitische Paradigmenwechsel durchsetzen konnte, hat viel mit der Verstärkung der staatlichen Interventionen während des Krieges und der damit einhergehenden Einbindung der (nicht selten von Behörden oder in deren Auftrag gegründeten) privaten Verbände in die staatliche Ernährungspolitik zu tun. Dabei trat der Staat in der Ernährungs- und Agrarpolitik der Zwischenkriegszeit sowohl als anleitender, strukturierender und Grenzen setzender Akteur wie auch als eine zivilgesellschaftliche Organisationen ermächtigende Autorität auf. Das staatliche Ordnungshandeln entsprach einer Politik der Begrenzung und Ermächtigung, die sowohl auf den Ausgleich von Interessen als auch auf die – bisweilen autoritäre Züge annehmende – Vermittlung zwischen Produzenten und Konsumenten ausgerichtet war. In der Produktion und in der zumindest teilweise den Produzenten gehörenden Verarbeitung von Nahrungsmitteln zeigte sich dies darin, dass die Verbände weitgehend auf ihre vom Staat her definierte Funktion als Vollzugsorgane der staatlichen Politik reduziert wurden. Auf den Punkt gebracht hat diese «Integration durch Unterordnung»[51] Ende 1938 Friedrich T. Wahlen, als er erklärte, dass «das Landeswohl» künftig einen «zahlenmässig starken und wirtschaftlich gesicherten» Bauernstand erfordere, um mittels einer «zielbewussten Produktionsleitung» jene Nahrungsmittel zu produzieren, die zur Vermeidung einer Ernährungskrise wie derjenigen von 1917/18 benötigt wurden.[52]

Neben der unmittelbaren organisatorischen Integration wichtiger Akteure und der wachsenden Deutungshegemonie der Agronomengeneration um Friedrich T. Wahlen und Oskar Howald, die das Ernährungsregime der Zwischenkriegszeit zunehmend prägte, wirkten jedoch nach wie vor auch Akteure und inhaltliche Elemente jener alternativen Konzepte weiter, die im Krisendiskurs von 1917/18 erstmals in Erscheinung traten. Max Kleiber, der 1917 wegen seiner Dienstverweigerung noch von der ETH Zürich ausgeschlossen worden war, konnte in den 1920er-Jahren trotzdem an der landwirtschaftlichen Abteilung der ETH beim Aufbau des Instituts für Tierernährung mitwirken und sich dort habilitieren, bevor er schliesslich eine Professur an der University of California erhielt. Über persönliche Netzwerke und die Kommunikationskanäle der landwirtschaftlichen Publizistik, insbesondere über die *Schweizerischen Landwirtschaftlichen Monatshefte*, blieb er mit der Agronomie und dem Ernährungsdiskurs in der Schweiz jedoch weiterhin verbunden. Das gilt auch für Augusta Gillabert-Randin.

51 Siehe Peter Moser, Tony Varley (Hg.), Integration through Subordination. Agriculture and the Rural Population in European Industrial Societies, Turnhout 2011 (in Vorbereitung).

52 Schweizerisches Bundesarchiv (BAR), E 7220 (A) 6, Bd. 3, Protokoll der Konferenz der kantonalen Landwirtschaftsdirektoren vom 29. Dezember 1938, siehe hierzu auch Baumann/Moser, Bauern (wie Anm. 38), S. 137.

Ihr am Genossenschaftssozialismus von Dora Staudinger orientiertes Verständnis der Beziehungen von Produzentinnen und Konsumentinnen setzte sich zwar so auch in Moudon nicht durch. Aber während der folgenden zwei Jahrzehnte mischte sie sich über die bäuerliche Presse regelmässig in die agrar- und ernährungspolitischen Diskussionen ein und beeinflusste über die Organisation der Landfrauen auch die Repräsentation der Bäuerinnen in der Gesellschaft und die Beziehungen zwischen Produzenten und Konsumenten. Das Genossenschaftswesen, das auch in Kleibers Konzepten eine zentrale Rolle spielte, diente in der Zwischenkriegszeit sowohl Agronomen im Umfeld des VSK als auch der landwirtschaftlichen Genossenschaftsbewegung und der Politik zuweilen als eine Nische zur Weiterentwicklung alternativer Konzepte.
Die teilweise radikalen, sozialutopischen (agrar)politischen Konzepte, wie sie von Max Kleiber, Hans Bernhard oder Augusta Gillabert-Randin in der Krise von 1917/18 entwickelt wurden, blieben in der Zwischenkriegszeit Teil der ernährungspolitischen Diskurse und beeinflussten damit das ernährungspolitische Regime auch von innen her. So hat die Ernährungskrise von 1917/18 die Entwicklung und Erprobung neuer Konzepte begünstigt und neue Kommunikationsnetzwerke geschaffen, die eine längerfristige, sachbezogene Auseinandersetzung mit diesen alternativen Vorstellungen ermöglichte, an der sich auch die hegemonialen Vertreter der neuen Agrar- und Ernährungspolitik beteiligen mussten. Dies blieb nicht folgenlos für die Politik. Dass sich in der Zwischenkriegszeit zum bisherigen parteipolitischen Gefüge quer liegende Formen rot-grüner Zusammenarbeit etablierten – wie dies zeitweise etwa in der Waadt, in Bern und in Schaffhausen der Fall war[53] –, ist nicht zuletzt auch durch die Zwänge einer sachbezogenen Neuorientierung im Kontext der ernährungspolitischen Krise ermöglicht worden.

Fazit und Ausblick

Auch wenn die alternativen Elemente des Ernährungsdiskurses von 1917/18 nur in transformierter Form in das Projekt der neuen Agrar- und Ernährungspolitik der Zwischenkriegszeit Einlass fanden und die prägende Gestaltungsmacht deutlich in den Händen des staatlich gelenkten und interinstitutionell ausgestalteten Ernährungsregimes lag, so vermag die Thematisierung dessen, was sich historisch nicht oder nur partiell durchgesetzt hat, trotzdem Erhellendes zu Tage zu fördern. Besonders dann, wenn es darum geht, Krisenphänomene zu beschreiben und zu verstehen. Denn in der Ernährungskrise von 1917/18 hat die Delegitimierung der alten ernährungspolitischen Ordnung eine Vielzahl neuer Ordnungsvorstellungen ausgelöst und damit einen entscheidenden Beitrag zur Öffnung der ernährungspolitischen Gestaltungsräume und der

53 Baumann/Moser, Bauern (wie Anm. 38), S. 187–264.

damit einhergehenden Lernprozesse geleistet. Das sind wichtige Begleiterscheinungen der Krise, die den Raum des Denk-, Sag- und Machbaren in ernährungspolitischen Fragen signifikant erweiterten. So konfigurierte die Krise die Kommunikationskanäle neu, regte Lernprozesse an und schuf damit neue Handlungsoptionen und Bewältigungsstrategien auch für Akteure, die in der Ernährungsfrage bisher auf ihre Funktion als Verbraucher reduziert worden waren.

Das zentrale Element der Öffnung des Ernährungsdiskurses war die Hinwendung zur landwirtschaftlichen Produktion. Als es nicht mehr genügend Nahrungsmittel zu verteilen gab, begann man auch ausserhalb der bisherigen agrarisch-industriellen Wissensgesellschaft jene Bereiche zu thematisieren, die die Voraussetzungen schufen, damit es überhaupt etwas zu verteilen gab. Diese Öffnung des Ernährungsdiskurses ermöglichte eine facettenreichere Thematisierung der landwirtschaftlichen Produktion und schuf damit neue Kommunikationsnetzwerke, die jenseits der politischen Lagerbildung kritische Auseinandersetzungen über landwirtschaftliche Sachfragen ermöglichten und institutionalisierten.

Es war die durch Mangel charakterisierte Ernährungskrise von 1917/18, die die historischen Akteure von der in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts praktisch zur Selbstverständlichkeit gewordenen Vorstellung befreite, dass Hunger und Unterernährung vormoderne Erscheinungen seien, die dank Agrarrevolution, Industrialisierung, neuen Technologien und liberalen Marktordnungen der Vergangenheit angehörten. Die Krise rückte die landwirtschaftliche Produktion erneut in den Fokus des Nachdenkens über die Ernährungsfrage und führte zu einem tiefgreifenden Wandel in der gesellschaftlichen Thematisierung der Landwirtschaft und der ihr zugeschriebenen Funktionen. Zudem beschleunigte sie das Aufkommen neuer Sozialfiguren, die sich nun wie die Agronomen als wissenschaftlich geschulte Experten der Agrar- und Ernährungspolitik zuwandten und mit wachsender Deutungsmacht diese auch ausgestalteten. Insofern wirkte der Krieg nicht nur als überzeugender «Lehrmeister», wie Ernst Laur, Bernhard Jaeggi und Josef Käppeli schon während und nach dem Ersten Weltkrieg feststellten[54] – er schuf auch selbst «Lehrmeister». Die Krise überführte die Agrar- und Ernährungspolitik in ein Laboratorium des *social engineering*, in welchem eine Vielzahl politisch unterschiedlichster Akteure der agrarisch-industriellen Wissensgesellschaft (auch) sicherzustellen versuchte, dass die Agrar- und Ernährungspolitik nicht mehr wie 1917/18 zum Auslöser sozialer Konflikte und gesellschaftlicher Desintegrationen wurde. Dass ihnen dies tatsächlich weitgehend gelang, hängt auch damit zusammen, dass die neue Ernährungsordnung wissenschaftlich begründet, durch rationalisierte Praktiken ökonomisch legitimiert

54 Siehe Schweizerische Bauernzeitung, September 1916; Protokoll Aufsichtsrat VSK, 8. April 1916; Jahresbericht des Schweizerischen Landwirtschaftlichen Vereins 1921, S. 20.

und erst noch ideologisch vergemeinschaftet wurde.[55] Betrachtet man die ernährungspolitischen Ordnungsvorstellungen der Zwischenkriegszeit und ihre für das «kurze» 20. Jahrhundert insgesamt strukturbildenden Verstetigungsprozesse aus der Perspektive dieser krisenhaften Ausgangsbedingungen am Ende des Ersten Weltkrieges, verdeutlicht sich die «soziale Logik»[56] jenes agrarpolitischen Konzepts, das sich nun die Produktion auf dem «Bundeshof» durch individuelle Betriebsleiter mit Hilfe der mitarbeitenden Familienangehörigen zur Deckung des Ernährungsbedürfnisses der immer grösser werdenden nichtbäuerlichen Bevölkerungsmehrheit zum Leitbild nahm.

55 Siehe hierzu Thomas Etzemüller (Hg.), Die Ordnung der Moderne. Social Engineering im 20. Jahrhundert, Bielefeld 2009.

56 Edward P. Thompson, The Moral Economy of the English Crowd in the Eighteenth Century, in: Past & Present 50 (1971), S. 76–136.